

# Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.  
Fernruf Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weiksen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkontos: Dresden 1529  
Circulose Riesa Nr. 82

Nr. 244.

Donnerstag, 18. Oktober 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 18. bis 19. Oktober 170 Reichsmark. Einzelhefte 10 Reichsmark. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 120 Mk.; die 89 mm breite Reklamschiffel 400 Mk.; getraubener und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Der jeweils zur Berechnung gelangende Stellenpreis ergibt sich aus vorstehenden Grundpreisen verhältnismäßig mit der am Tage der Aufnahme gültigen Anzeigenschiffelgröße. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Krieg oder sonstiger unvorhergesehener Ereignisse des Betriebes der Drucker, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vorforderung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa. Schlußzahl: 600000.

## Erneute scharfe Angriffe im Landtage.

Der Ministerpräsident gegen das Wehrkreiskommando.

17. Dresden, 17. Oktober 1923.

Am Samstag fand heute die Fortsetzung der Aussprache über die Regierungserklärung statt. Das Interesse an den Verhandlungen hat sich merklich abgeschwächt. Die öffentlichen Tribünen sind spärlich besetzt. Vor Eintritt in die Tagesordnung kommt Ministerpräsident Dr. Zeigner auf seine gestrige Auseinandersetzung mit Dr. Dehne zurück. Er habe nur gesagt, er halte es für unvereinbar mit der Stellung eines Ministerialbeamten vom Grade Dr. Dehnes, daß er durchaus im Rahmen und dem Geleite gemäß tun dürfe, tatsächlich tue. (Gelächter.) Ja, das hängt davon ab, wie man sich zum Staat stellt. Und genügt in dieser Situation des Staates nicht Loyalität. Die Loyalität Dr. Dehnes habe er nicht bestritten, aber behauptet, daß dies für seine Stellung dem Minister und dem Staat gegenüber nicht ausreicht. Der erste Redner, der deutschsprachige Abg. Berger in seiner temperamentvollen Art gegen den Ministerpräsidenten und seine kommunistischen Freunde loszog, fand lebhaften Widerspruch bei den Kommunisten und Sozialdemokraten, die den Redner mit den unflätigsten Jurafen bedachten.

Abg. Wünger (DVP.) wandte sich vor allem gegen die Angriffe des Ministerpräsidenten auf das Reich und den Reichswehrminister und forderte von Dr. Zeigner die Fortsetzung des Verhandlungsprotokolls, damit man erfahren, auf welche Verfassung die neuen Minister eigentlich vereidigt worden seien.

Ministerpräsident Dr. Zeigner

stellt die Wichtigkeit verschiedener Behauptungen der Vorredner in Abrede. U. a. sagt er, er wohne nicht in einer Villa sondern in einem Hause, in dem sechs Familien wohnen. Die Minister Wötcher und Hecker seien auf die Verfassung vereidigt worden. Wenn Herr Wünger daran zweifle, so möge er sich aus dem Protokoll, das er auf den Tisch des Hauses lege, eines Besseren belehren lassen. Ich habe gestern gesagt, daß wir unter einer Diktatur des Großkapitals und des Militärs stehen. Das beweist ein

Schreiben des Wehrkreiskommandeurs,

das uns heute zugegangen ist, und in dem es heißt: Ich bitte Sie, zu den Ausführungen des Ministers Wötcher (gelegentlich einer am 13. Oktober in Leipzig gehaltenen Rede) Stellung zu nehmen und mir bis zum 18. d. Mts. zu sagen, ob sich das Gesamtministerium mit den Ausführungen des Herrn Wötcher einverstanden erklärt, oder ob es entgegen den Äußerungen des Ministers Wötcher gewillt ist, nach meinen Weisungen zu handeln. Für den letzten Fall muß ich fordern, daß die sächsische Regierung die mir gegebene Erklärung im Wortlaut in der Presse veröffentlicht und mir mitteilt, welche Maßnahmen sie ergreifen will, um eine Wiederholung derartiger Entgleisungen Wötchers zu verhindern.

Und das geschieht, fährt Dr. Zeigner fort, von dem Beauftragten eines demokratischen Ministers. Die Mitte des Hauses sollte eigentlich Verständnis dafür haben, daß unter keiner Bedingung die Regierung das Wehrkreiskommando verantwortlich ist, sondern nur dem Landtag. Wenn das Militär die Linke erdrückt haben wird, dann kommen die Demokraten an die Reihe.

Abg. Kiebereis (Kom.) polemisiert gegen die bürgerlichen Redner.

Abg. Dr. Reinhold (Dem.) erklärt eingangs, es entspreche nicht der Würde des Parlaments, daß der Landtag berate, ohne daß ein Mitglied der Regierung anwesend sei. Redner geht dann auf die Beamtenpolitik Zeigners ein und protestiert gegen den Eingriff Zeigners in die verfassungsmäßigen Rechte der Beamten im Falle Dehne. Zu dem Angriff des Ministerpräsidenten Dr. Zeigner auf den Abgeordneten Dr. Dehne in der Diensttagssitzung des sächsischen Landtages hat der Gesamtvorstand des Dresdener Vereins der Deutschen Demokratischen Partei, dessen Vorsitzender Abg. Dr. Dehne ist, in einer am selben Abend stattgefundenen Sitzung Stellung genommen und einstimmig eine Entschließung angenommen, die Dr. Dehne das uneingeschränkte Vertrauen ausdrückt.

Arbeitsminister Graupe

widerlegt einige Behauptungen der Vorredner, die fern Respekt betreffen.

Wirtschaftsminister Gedert

erzählt, auf Anweisung des Wehrkreiskommandos in Dresden seien 80 Waggons Kartoffeln, die von Annaberg bestellt waren, zurückgehalten worden. Bayern habe ein Ausfuhrverbot für Milch- und Käseprodukte erlassen. Die Landwirtschaft in der Amtshauptmannschaft Bautzen verlangten drei Goldmark für den Kerner Kartoffeln. Man tue alles, um die hungerrnde Bevölkerung auf die Straße zu treiben, damit man dann etwas anderes gegen sie unternehmen könne. Bis der kommunistische Minister unter großem Stimmenaufwand eine Denkerrede hält, erörtern ihm diese von rechts entgegen: Sind Sie Minister? Sie sollten sich schämen! und von der Linken: Halt! es zurück! Halt! Halt! Du Deine Klappe, Du Axt! Der Minister fährt fort: Wir haben auf die Verfassung von Weimar geschworen; aber ich weiß nicht, ob jemand von Ihnen den Mut hat, zu

haupten, daß diese Verfassung heute noch existiert. (Aha-Rufe!) Die Verfassung schließt das Recht zur Revolution nicht aus. Wir haben nicht auf den verfassungswidrigen Ausnahmezustand geschworen. Als ein Redner der Rechten fragt, was die Ausführungen des Ministers mit dem Wirtschaftsministerium zu tun haben, antwortete Redner: Es hat das mit der Schwelchewirtschaft zu tun! (Große Heiterkeit. Ein Kommunist verjährt mit dem Pulddel die Heiterkeit einzudämmen.)

Abg. Wrtz (Z.) wendet sich, wie die Kommunisten, gegen den Ausnahmezustand und die Diktatur des Militärs.

Finanzminister Wötcher:

Die erste Pflicht der Regierung sei, die gegenwärtige Not zu lindern. Die Regierung habe versucht, mit bescheidenen Mitteln unmitelbar in Verbindung zu treten und sei auch bereit gewesen, Staatsbedürfnisse vorübergehend aus der Hand zu geben. Verhandlungen mit Holzinteressenten seien aber ergebnislos verlaufen, weil man der Regierung nur vier Goldmark für den Hektometer bot. Man habe dann mit Landdirektoren verhandelt. Ein gefordertes Notopfer sei abgelehnt worden, ebenso ein größeres Darlehen und eine Röhren- und Roggenanleihe. Nachdem so die Regierung die letzten Möglichkeiten erschöpft hatte, blieb nichts weiter übrig, als die internationale Arbeiterkraft um Hilfe zu bitten. Diese sollte 2000 Tonnen Getreide zur Verfügung stellen. Weiter schweben Verhandlungen mit der russischen Regierung, und es steht zu erwarten, daß Ende dieser Woche 2000 Tonnen Getreide zur Verfügung kommen. Die Reichsregierung hat nichts für uns übrig. Sie hat dem Vorredner General Müller geschickt. Dieser hat die Regierung aufgefordert, Stellung zu meiner Rede zu nehmen. Redner erklärt: Ich fühle mich niemand weiter verantwortlich, als der Mehrheit des Landtages. Ich sehe in dem Vorgehen des Generals Müller einen eklatanten Verfassungsbruch. Die Reichsregierung treibt ein sehr unmoralisches Spiel mit der sächsischen Bevölkerung. Es gibt aber eine Grenze der Geduld und keine Nacht ist dann im Stande, den elementaren Sturm anzufangen.

Ministerpräsident Dr. Zeigner

verliest eine Erklärung der Regierung, in der es u. a. heißt: In den Verhandlungen der Länderminister mit der Reichsregierung ist zum Ausdruck gebracht worden, daß die Verhängung des Ausnahmezustandes nicht erwünscht ist. Weil Bayern aber diesen verweigerte, wurde er für das ganze Reich ausgesprochen. In allen offiziellen Mitteilungen aus Berlin wurde darauf hingewiesen, daß das Reich so verfahren müsse, um Bayern gegenüber Herr zu werden. Wir sind immer entschlossen gewesen, nach Handel mit Reich und Verfassung. Ganz Bayern ist ein Ozean und erklärt den Kampf gegen Reich und Marxismus. Heute haben wir erfahren, daß gestern der bayerische Gesandte in Berlin eine Note überreicht hat, in der ausgeführt wird, in Dresden habe ein Reichsrätekongreß unter dem Schutze der sächsischen Regierung stattgefunden. Das sei ein feindseliger Akt gegen die kaiserliche Regierung. Sie fragt an, welche Maßnahmen die Reichsregierung zu ergreifen gedenke, um Wiederholungen von Einmischungen Sachsens zu verhindern. Kein Mensch kann zweifeln, wofür der Ausbruch geht. Sind es auch heute noch papierne Drohungen, so darf man sich nicht täuschen, daß diese Kreise sich durchzusetzen versuchen; wenn es ihnen gelingt, dann gehört die deutsche Republik der Geschichte an. Warum handelt das Reich nicht. Es macht sich mitschuldig. General Müller verlangt nun, daß die sächsische Regierung ihm Rechenschaft geben soll über die Heuerung eines ihrer Mitglieder. Wir sind dem Wehrkreiskommando keine Rechenschaft schuldig. Noch ist Sachsen ein parlamentarisch regierter Staat. Gegenüber diesen unabweislich rechts- und verfassungswidrigen Drohungen des Generals Müller lehnen wir es ab, ihm überhaupt Antwort zu geben. (Große Heiterkeit links.) Verfassungsmäßige Anordnungen der Reichsregierung werden nicht ausführen. Für den Fall, daß General Müller seine Drohungen wahrnehmen sollte, erkläre ich aber schon jetzt: Der General Müller scheint nicht zu wissen, daß er im Bezirke ist, den Boden des Rechts und der Verfassung zu verlassen. Wir verlangen von der Reichsregierung, daß gegen einen solchen unwürdigen Zustand von ihr eingeschritten wird. Wegen der rechts- und verfassungswidrigen Behandlung legen wir die scharfste Verwarnung ein und fordern von der sächsischen Bevölkerung, daß sie sich geschlossen hinter die Regierung stellt. (Lebhafter Beifall links.)

Darauf findet ein Antrag auf Schluß der Aussprache gegen die bürgerlichen Parteien Annahme. In dem deutsch-nationalen Wahlmännchen erhält das Schlusswort Abg. Beutler (Dn.). Er littet das Haus, gegen dieses Ministerium zu stimmen, weil es nicht umkünde sei, die Not zu beheben, sondern sie nur verzögern werde. — Nach einigen persönlichen Bemerkungen und tatsächlichen Berichtigungen wird zur Schlußabstimmung geschritten.

Der Mißtrauensantrag wird mit 48 der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 45 Stimmen der Demokraten, Deutschen Volkspartei und Deutschnationalen abgelehnt.

Nächste Sitzung: Donnerstag vormittag 10 Uhr: Anträge, Anfragen.

## Das Schreiben General Müllers an Dr. Zeigner.

Nachdem in der gestrigen Landtagssitzung Ministerpräsident Dr. Zeigner das vom Reichshaber des Wehrkreises 4 an ihn gerichtete Schreiben öffentlich bekanntgegeben hat, wird der Öffentlichkeit vom Wehrkreisbefehlshaber der Wortlaut des Schreibens zur Verfügung gestellt. Es lautet: Dresden, den 17. Oktober 1923.

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident!  
Nach der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ Nr. 234 vom 15. Oktober 1923 hat der Minister Wötcher am 13. Oktober in der von der R. V. D. einberufenen Versammlung im Zoologischen Garten zu Leipzig Ausführungen gemacht, die besagen:

... die Koalitionsregierung hat bankrottiert. Es gibt nach dieser Entwicklung, in der wir leben, entweder eine weiße oder eine rote Diktatur. — Das Proletariat muß sofort bewaffnet werden. ... Die Klassenorgane des Proletariats sind die Träger des proletarischen Befreiungskampfes. Die proletarischen Ouberschriften, Aktionsausschüsse, Kontrollausschüsse, Betriebsräte, alles das, was sich die Arbeiterklasse geschaffen und gebildet hat in langem Kampfe, das sind Organe, mit denen das Proletariat heute seinen Kampf führen muß. ... Seine Ausführungen haben folgende Resolution zur Folge gehabt:

Die am 13. Oktober im Zoologischen Garten versammelten 6000 Arbeiter und Arbeiterinnen protestieren entrückt gegen das Verbot der Ouberschriften und der Aktionsausschüsse durch den General Müller. Sie sind gewillt, nun erst recht diese Kampfmittel auszubauen. Gleichzeitig erklären sie, mit allen Mitteln zu kämpfen, um die mit dem Ermächtigungsgesetz geplante Diktatur zu verhindern und die Arbeiterklasse unmöglich zu machen und jede Übernahme der sächsischen Regierung, die dem Interesse des Proletariats dient, sofort durchzuführen.

Tamit ist durch den Minister Wötcher eine offene Kampfanlage gegen die Maßnahmen der Reichsregierung ausgesprochen und in der Resolution verlangt worden. Die Aufforderung zur Bewaffnung ist gleichbedeutend mit dem Aufruf zum „bewaffneten“ Kampf. Die Rede stellt sich als ein Verstoß gegen die von mir auf Grund der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 26. September erlassenen Verfügungen dar.

Ich habe bei allen meinen bisherigen Maßnahmen die Mitarbeit der sächsischen Regierung als Voraussetzung angenommen. Für ihre Fortführung bitte ich Sie, Herr Ministerpräsident, zu den Ausführungen des Ministers Wötcher Stellung zu nehmen und mir bis zum 18. Oktober 11 Uhr vormittags unabweisend auszusprechen, ob sich das Gesamtministerium dem Geiste und dem Wortlaut nach mit den Ausführungen des Ministers Wötcher einverstanden erklärt und in diesem Sinne die Regierung weiterführen will, oder ob es entgegen den Versicherungen des Ministers Wötcher gewillt ist, nach meinen Weisungen zu handeln. Für den letzteren Fall muß ich, um klare Verhältnisse zu schaffen, fordern, daß die sächsische Regierung die mir gegebene Erklärung im Wortlaut in der Presse veröffentlicht. Ferner bitte ich um Angabe, welche Maßnahmen die Regierung zu ergreifen gedenkt, um einer Wiederholung derartiger Entgleisungen, wie sie die Rede des Ministers Wötcher zweifellos darstellt, für die Zukunft vorzubeugen.

Mit der Versicherung der vorzähligen Hochachtung  
Gen. Müller, Generalintendant.

Aufruf

an die Betriebsräte, Gewerkschaften usw.

Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei verbreitet folgenden Aufruf:

Die drei unterzeichneten Minister fordern die Betriebsräte, Kontrollausschüsse, Gewerkschaften, Ortskartelle und Konsumvereine Sachsens auf, für Sonntag, den 21. d. Mts. eine Konferenz zu beenden durch Delegierte ihrer Organisationen, um über Mittel und Wege zu beraten, wie die Arbeit und Ernährung der werktätigen Massen sichergestellt seien. Die unterzeichneten Minister wollen alle Maßnahmen mit den notleidenden werktätigen Schichten sachverständig beraten. Die Konferenz beginnt vormittag 11 Uhr im Volksbause zu Chemnitz, Zwickauer Straße 152.  
Gen. Georg Graupe, Arbeitsminister.  
Fritz Gedert, Wirtschaftsminister.  
Paul Wötcher, Finanzminister.

Der sächsische Zivilkommissar ernannt.

Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist die Ernennung des Zivilkommissars für den Wehrkreis 4 nunmehr vollzogen. Ernannt wurde der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Richard Neier aus Zwickau.

Die Gewerkschaften fordern Goldwährung.

Die Bundesvorstände der freien gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen traten gestern zu einer gemeinsamen Aussprache über die wirtschaftliche Lage zusammen. Die Reichsregierung war durch mehrere Referenten vertreten. In einer Ansprache betonte der Führer des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Verwert, daß die heutige Forderung eine Wahrung an die Regierung, aber auch eine Wahrung zur Disziplin an die breiten Massen bedeuten solle. Die Gewerkschaften hätten die Pflicht gehabt, eine Nebenregierung zu errichten, sondern hätten nur Vorschläge zur Besserung der Verhältnisse eingebracht. Die einzelnen Redner kritisierten die Wirtschaftslage und die Finanz- und Währungsreform. Wenn sie sich auch etwas